

Die Folgen der Weltwirtschaftskrise für Kinder in Entwicklungsländern

Paradox? Die Kinder, die im bolivianischen Cochabamba ihre Mutter Maricruz nach langen Jahren der Abwesenheit wieder in ihre Arme schließen konnten, erscheinen als Gewinner der Weltfinanzkrise, obwohl die Migrantin selbst zum Opfer des Crashes wurde. Die Familie in Spanien, die die 35-jährige Südamerikanerin als Haushaltshilfe beschäftigt hatte, konnte sie wegen Verlusts des eigenen Arbeitsplatzes nicht mehr bezahlen. Mit der festen Stelle war auch Maricruz' Chance auf einen gesicherten Aufenthaltsstatus verloren, und damit die Möglichkeit eines Nachzugs der Kinder, mit deren Erziehung die Großmutter in Cochabamba trotz regelmäßiger Geldüberweisungen überfordert war.

Frank Garbers / Peter Strack

Gelegenheitsarbeiten folgten. „Wie Ratten haben wir uns in Spanien bewegt, damit sie uns nicht festnehmen und abschieben“, erzählt Maricruz. Als es an die Ersparnisse ging, entschied sich Maricruz zur Rückkehr in ihr Heimatland. „Hier hat sich nicht viel verändert“, sagt sie, aber mit dem übrigen Geld konnte sie sich wenigstens einen Essensstand kaufen, von dem sie nun lebt. Nachdem sie sich wieder selbst um ihre Kinder kümmern kann, haben sich mit deren Schulleistungen auch ihre Zukunftsaussichten verbessert.

Wenige Migranten sind so glimpflich davon gekommen wie Maricruz, die sich mit den Folgen der Krise arrangieren konnte. Der massive Rückgang der Überweisungen in die Heimat trifft vor allem die dort zurückgebliebenen Kinder. Etwa in Vietnam drückt sich das durch geringere Ausgaben für Bildung, Verzögerung der Zahlung des Schulgeldes oder Einsparungen bei der Ernährung aus. Manche würden nur noch von selbst produzierten Nahrungsmitteln leben, andere nähmen ihre Kinder aus der Schule, damit sie mitarbeiten. Die informellen sozialen Netze hätten die Grenze der Belastbarkeit erreicht, schreibt UNICEF,¹ das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen.

Die wenigsten Länder sind auf diejenigen Migranten vorbereitet, die nach Hause zurückkehren. Im Gegenteil, durch sie erhöht sich die Konkurrenz auf dem lokalen Arbeitsmarkt. Ähnliche Probleme ergeben sich bei der internen Migration, etwa in China, wo zwar die ländlichen Einkommen trotz Krise weiterwuchsen, während Wanderarbeiter und ihre Kinder hauptbetroffen waren.²

Globalisierung macht krisenanfällig

Je mehr ein Staat in den Weltmarkt integriert ist, desto stärker die Folgen für die Kinder – nicht nur für die der Migranten. Für einen statistischen Überblick der weltweiten Krisenfolgen ist die Datengrundlage noch zu schwach. Doch einzelne Berichte und erste Untersuchungen vor allem aus dem asiatischen Raum zeigen, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise ähnliche Folgen für Kinder und Jugendliche haben wird, wie schon die Asienkrise 1997 / 1998.³ Nur stärker: So sind in Indien zwar nur fünf Prozent der Bevölkerung in den Weltfinanzmarkt integriert, und auch das Bankensystem erwies sich als relativ stabil. Dennoch gingen zum Beispiel in der Edelsteinexportindustrie 200.000 Arbeitsplätze verloren. Für ganz Indien wurde der Verlust an Arbeitsplätzen auf zwei Millionen geschätzt. Hinzuzurechnen sind die ungezählten Beschäftigten in informellen Familienheimbetrieben, die – oft unter Mithilfe der Kinder – dem formellen Sektor zuarbeiten und von denen die Hälfte aufgrund der Krise und gleichzeitig steigender Produktionskosten einen Rückgang des Auftragsvolumens erlebte. Gleichzeitig sanken auch die erzielten Einnahmen für die produzierte Ware.⁴

Wo Eltern ihr Einkommen verlieren und Löhne sinken, während gleichzeitig die Preise für die Güter des täglichen Konsums steigen, bedeutet das „weniger Essen, Kleidung und Medizin“, wie Ashok Jha aus den Armenvierteln von Neu Delhi berichtet. „Viele Menschen ziehen bereits aus der Stadt aufs Land und Kinder verlassen die Schule, um ihren Eltern zur Hand zu gehen“, berichtete der Sozialaktivist Anfang 2009. Und die Erwachsenen, die aus dem formellen Beschäftigungssektor in den informellen Sektor verdrängt werden, erhöhen die Konkurrenz,⁵ auch für die dort bereits arbeitenden Kinder und treiben manche in schlechter bezahlte

und gefährlichere Jobs. Der UN-Koordinator in Kambodscha, Douglas Broderick, hebt besonders die Folgen der Wirtschaftskrise für Kinder hervor, insbesondere wenn Frauen ihr Einkommen verlieren: „Mehr und mehr kambodschanische Frauen und Kinder finden sich in der informellen Wirtschaft wieder, arbeiten für weniger Geld, unter schlechteren Bedingungen und unter erhöhtem Risiko von sexueller Ausbeutung und Menschenhandel.“⁶ Auch in den Straßen von Laos Hauptstadt Vientiane wurde eine Zunahme der Zahl arbeitender und Straßenkinder konstatiert.⁷

Die Krise bedroht zunehmend die kleinen Fortschritte im Kampf gegen ausbeuterische Kinderarbeit der letzten Jahre. Zwar sind viele Tätigkeiten in der Exportindustrie ebenso wie in der informellen Wirtschaft mit harter Arbeit und wenig Lohn verbunden. Doch wenn Kinder wegen des Arbeitsplatzverlustes oder sinkender Löhne der Eltern die Schule abbrechen, stirbt in vielen Familien die Hoffnung, dass die nächste Generation qualifiziertere, besser bezahlte und sozial abgesicherte Arbeit leisten kann. Dies ist in Indien nicht anders als in Lateinamerika.

Befriedigung der Grundbedürfnisse: Krise oder Alltag?

So dramatisch die Folgen für die Kinder derjenigen sind, die ihren Arbeitsplatz verloren haben – die Konsequenzen sind keineswegs neu. „Wenn ich die Menschen in unseren Projekten auf die Folgen der Weltwirtschaftskrise ansprechen würde, würden sie mich fragen, ob ich von einem anderen Planeten komme“, gibt Bert Cacayan, Koordinator des Regionalprogramms von terre des hommes in Südostasien zu bedenken. Sie gehörten zu den Ärmsten der Armen, deren ganzes Leben wirtschaftlich eine „Krise“ war. Und die wurde durch die jüngsten Entwicklungen lediglich verschlimmert. Dies gilt für den Zugang zu Bildungseinrichtungen ebenso wie für die gesundheitliche Grundversorgung. So kann es kaum noch überraschen, dass die im August 2009 erschienene Studie „No Cushion to Fall Back On“ (zu deutsch etwa „Kein weiches Kissen, das den Sturz dämpft“) des *Inclusive Cities Projektes* über Folgen der Weltwirtschaftskrise im informellen Sektor nur bei wenigen eine krisenbedingt geringere Krankenversorgung konstatiert. Sie sei schon zuvor Luxus gewesen. Heimarbeiter, die gesundheitliche

1 UNICEF, Social Policy and Economic analysis Section, Regional Office for East Asia and the Pacific, *Impact of the Global Economic Crisis on Children in Asia and the Pacific*, Bangkok, UNICEF Juli 2009.

2 Ebenda.

3 Harper/ Jones/ McKay/ Espey (Overseas Development Institute), *Children in times of economic crisis: past lessons, future policies*, ODI Background Note, ODI, März 2009, <www.odi.org.uk>.

4 Vgl. *No Cushion to Fall Back On: The Global economic crisis and informal workers*. Inclusive Cities Project, August 2009, <www.inclusivecities.org>.

5 Ebenda.

6 Zitiert aus: Xinhua, 8. April 2009.

7 UNICEF, Juli 2009.

Probleme hätten, wären auf billigere Medikamente oder Behandlungsmethoden ausgewichen.

Auch fürchtet UNICEF eine erhöhte Rate von Totgeburten und Babysterblichkeit dadurch, dass Schwangere an Gesundheitsausgaben oder der eigenen Ernährung sparen. Bei den Schulausgaben wollten aber auch im informellen Sektor tätige Eltern nach Möglichkeit nicht sparen, um die Zukunft ihrer Kinder nicht zu verbauen. Obwohl viele von Schwierigkeiten berichteten, weiter die Schulgebühren und Materialien zu finanzieren, hätten jedoch nur wenige Kinder in diesen Familien die Schule aufgrund der Krise verlassen.⁸

Deutlicher schlägt die Krise bei der Ernährung durch. Die Preissteigerungen für Nahrungsmittel treffen alle. Ein Viertel der im informellen Sektor Beschäftigten in Lateinamerika muss krisenbedingt auf ein Frühstück verzichten. In familiären Zulieferbetrieben in Pakistan wird nur noch einmal statt früher zweimal pro Tag gegessen. Indische Mütter geben ihren Kindern keine Milch mehr, weil sie sie nicht mehr bezahlen können. Und in Südafrika, Malawi und Kenia verschwanden Milch und Fleisch aus dem Essensplan der Beschäftigten im informellen Sektor.⁹

Darüber hinaus zeitigt die Krise indirekte Folgen für informell Beschäftigte aufgrund sinkender Kaufkraft und Nachfrage in den städtischen Gebieten. Betroffen waren vor allem die Müllsammler, die bereits seit Ende 2008 unter sinkenden Preisen für Recycling-Stoffe leiden. Laut Befragungen erlebten 85 Prozent von ihnen während der Krise Einkommenseinbußen. Während im indischen Pune die Abnahmepreise nur um durchschnittlich sieben Prozent sanken, sanken sie in Bogotá oder Santiago de Chile um fast die Hälfte. Ein Viertel der befragten Müllsammler berichtete von der Schließung einer Müllsammelstelle in ihrem Bereich. Hier sind besonders Kinder und Jugendliche von der Straße betroffen, die etwa durch das Sammeln von PET-Flaschen oder Altmetallen eine Alternative zu Betteln, Diebstahl oder Prostitution gefunden hatten. Auch arbeiten in diesem Sektor überdurchschnittlich viele Eltern zusammen mit ihren Kindern, beziehungsweise Eltern kinderreicher Familien.¹⁰

Hausangestellte wie Maricruz – in fast allen Ländern des Südens sind viele Mädchen in diesem Sektor beschäftigt – stellen eine andere von den

Krisenfolgen indirekt betroffene Berufsgruppe dar. Aber auch Straßenverkauf, Schuhe oder Scheiben putzen, Lastentragen, oder Fahrkartenverkauf in Bussen sind typische durch Kinder erbrachte Dienstleistungen. Mitglieder der unteren Mittelschicht, die zum überwiegend von diesen Diensten profitieren, stellen ihrerseits das Gros der aufgrund der Krise aus formeller Beschäftigung Entlassenen. Selbst wenn die Entlohnung in jedem einzelnen Fall gering ist oder war, wird gerade hier gespart, weil es Tätigkeiten sind, die keine speziellen Fertigkeiten erfordern und selbst erbracht werden können. Mehr als sechs von zehn StraßenverkäuferInnen müssen durch die Krise verursachte Einkommenseinbußen hinnehmen.¹¹

Weniger Geld für Entwicklungs- und Sozialprojekte

Indirekte Wirkungen der Krise für Kinder ergeben sich darüber hinaus aufgrund sinkender Staatseinnahmen, zum Beispiel durch fallende Steuereinkünfte. Das gilt auch für Staaten, die von der Weltwirtschaft früher wenig profitiert haben, weil der Großteil der Bevölkerung nicht in sie integriert war. „Zu Beginn haben die meisten Menschen im südlichen Afrika kaum größere Herausforderungen aufgrund der Weltwirtschaftskrise erwartet“, erklärt terre des hommes-Regionalkoordinator Felix Mulhanga, „weil der Großteil der Bevölkerung ohnehin wirtschaftlich marginalisiert ist. Doch sie hatten dabei vergessen, dass die Regierungen zur Finanzierung sozialer Grunddienste auf Budgethilfe aus dem Ausland angewiesen sind. Auch viele Partnerorganisationen von terre des hommes sahen anfangs keine Probleme für die Fortführung ihrer Hilfsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche. Ein Straßenkinderprojekt in Johannesburg hat aber bereits Personal abbauen und die Zahl der betreuten Kinder reduzieren müssen, während die Zahl der Straßenkinder in der südafrikanischen Metropole zunimmt.“ Mittelfristig befürchtet Mulhanga sowohl einen Rückgang der Privatspenden wie auch der staatlichen Entwicklungshilfe für solche Projekte. So sei mit weiteren Kürzungen bei den staatlichen Gesundheits- oder Bildungsetats zu rechnen. Auch hier wären die Kinder die Hauptbetroffenen – nicht nur im südlichen Afrika.

So hat etwa ein in der philippinischen Stadt Cebu angesiedeltes japanisches Unternehmen seine Unterstützung für ein örtliches Sozialzentrum für

Straßenkinder im Frühjahr 2009 um mehr als die Hälfte gekürzt. Andere exportorientierte Unternehmen hätten ihre Zuschüsse aufgrund der Krise sogar ganz gestrichen. Nun hofft das Sozialzentrum auf stärkere Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen. Doch auch dort führten die Auswirkungen der Wirtschaftskrise zu sinkenden Haushalten.¹²

Ernährungskrise verstärkt

Bereits vor der Krise starben weltweit jedes Jahr 9,7 Millionen Kinder unter fünf Jahren zumeist an leicht behandelbaren Krankheiten und Unterernährung. Die Abnahme des weltweiten Bruttonationalproduktes pro Kopf von nur einem Prozent führt jedoch zu einer Erhöhung der Kindersterblichkeit zwischen 1,7 und 4,4 Prozent. Nach Schätzungen der Weltbank könnte sich aufgrund der Krise die Zahl der Kinder, die an Unterernährung sterben um 200.000 bis 400.000 pro Jahr erhöhen, wenn es nicht gelingt, die Folgen der Wirtschaftskrise abzufedern.¹³

Deutlich wird: Kinder trifft es als schwächstes Glied in der Kette der möglichen Opfer der Krise oft am härtesten. Unterernährung ist eine der bedeutendsten Folgen. Eine landesweite Untersuchung zur Ernährung von Kindern in Kambodscha ergab bereits 2008 eine Gewichtsabnahme von unter Fünfjährigen aufgrund erhöhter Nahrungsmittelpreise und gesunkener Einkommen der Armutsbevölkerung in den Städten. „Nicht nur der Lebensunterhalt, auch das Leben der Menschen ist gefährdet“, sagt Douglas Broderick von UNICEF.¹⁴ Allein in Kambodscha hat die Hälfte aller Haushalte krisenbedingt bei der Ernährung gespart.¹⁵

Insgesamt eröffnet sich ein besorgniserregendes Panorama der Folgen der Nahrungsmittel-, Treibstoff-, Wirtschafts- und Finanzkrise für Gesundheit und Ernährung der Kinder in Asien: Ohne Maßnahmen zur Abfederung der Krisenfolgen erwarten die Autoren ein Ansteigen der Anämie bei Müttern um zehn bis zwölf Prozent, der Rate untergewichtiger Kinder bei der Geburt um fünf bis zehn Prozent, eine Zunahme der Mangelernährung bei Kindern um acht bis 16 Prozent, von chronischer Unterernährung um drei bis sieben Prozent, sowie der Kindersterblichkeit in den am stärksten betroffenen Län-

8 UNICEF, Juli 2009.

9 Inclusive Cities Project, August 2009.

10 Ebenda.

11 Ebenda.

12 Zitiert aus: Cebu Daily News, 9. März 2009.

13 Vgl.: ODI, März 2009.

14 UNICEF, zitiert aus Xinhua, 8. April 2009.

15 UNICEF, Juli 2009.

dem um drei bis elf Prozent.¹⁶ Gleichwohl könnte die Durchführung bewährter kostengünstiger aber effizienter Maßnahmen gegen Unterernährung diese Entwicklung nicht nur bremsen sondern umkehren, und so Störungen der körperlichen und geistigen Entwicklung verhindern. Ganze Generationen bleiben sonst durch die Krise dauerhaft gezeichnet.¹⁷

Die Wechselwirkungen zwischen schon länger bestehenden Krisen und der aktuellen Wirtschaftskrise zeigen sich im Hinblick auf die Ernährungssituation besonders deutlich. Die vergangenen zwei Jahre standen im Zeichen einer Nahrungsmittelkrise, die zu einem starken Anstieg der Zahl der Hungernden in der Welt geführt hat. Mit insgesamt 963 Millionen Hungernden und einem Zuwachs von 40 Millionen Menschen allein zwischen 2007 und 2008 nähern wir uns rasant der Milliarden-grenze – und dies trotz intensiver internationaler Anstrengungen zur Erreichung der Millenniums-entwicklungsziele, die die Halbierung des Hungers bis zum Jahr 2015 vorsehen. Doch die Realität sieht anders aus: Die Ergebnisse des 20-jährigen Kampfes gegen den Hunger in Lateinamerika wurden durch die Krise zunichte gemacht. Eine nur zehnprozentige Steigerung der Nahrungsmittelpreise in Asien und der Pazifikregion würde weitere 105 Millionen Menschen in die Armut stoßen.¹⁸ „Arme Familien in Asien geben durchschnittlich 40 bis 60 Prozent ihres Einkommens nur für Nahrungsmittel aus“, schreiben Anupama Rao Singh, Regionaldirektor von UNICEF für Ostasien und die Pazifikregion, und sein Berater Mahesh Patel.¹⁹

Als eine Hauptursache der Hungerkrise gilt der Ausbau der Agrartreibstoffe. Nach Untersuchungen der Weltbank aus dem Jahr 2008 lassen sich zwischen 70 und 75 Prozent der Preissteigerungen auf die Expansion der Agrartreibstoffe und damit zusammenhängende Entwicklungen wie geringere Nahrungsmittelreserven, Veränderungen in Landnutzungsmustern und Spekulation zurückführen. Auch die Exportbeschränkungen für Grundnahrungsmittel, die durch einige Länder verhängt wurden, um ihre heimischen Märkte zu schützen, trugen zu diesem Anstieg bei.²⁰ Rund 20 bis 25 Prozent der Preissteigerungen sind auf höhere Energiepreise und damit zusammenhän-

gend höhere Kosten für Düngemittel und Transport sowie auf die Dollarschwäche zurückzuführen.²¹

Die aktuelle Wirtschaftskrise, so möchte man meinen, bremst diese Entwicklungen oder hebt sie sogar auf. Und tatsächlich sind die Weltmarktpreise für Nahrungsmittel zum Ende des vergangenen Jahres wieder um ein Drittel gefallen. Allerdings wirkt sich dies kaum positiv für die Menschen in den Ländern des Südens aus. In vielen Ländern verhindern etwa steigende Importpreise durch den Verfall der Währung oder Monopolstrukturen in der Vermarktungskette, dass fallende Preise an die Konsumenten weitergeben werden. Die extremen Ausbauziele für die Nutzung von Agrartreibstoffen in den Industriestaaten sind zwar zum Teil reduziert worden, bleiben aber hoch genug, um Investitionsanreize für global operierende Energieunternehmen zu setzen. Damit breitet sich der industrielle Anbau von Energiepflanzen wie Zuckerrohr oder Ölpalmen weiter aus – zu Lasten der kleinbäuerlichen Produktion von Nahrungsmitteln.

Falsche Prioritäten

Die ärmsten Familien und insbesondere deren Kinder leiden deshalb doppelt unter der augenblicklichen Krise: Sie müssen weiterhin Nahrungsmittel zu hohen Preisen einkaufen, gleichzeitig wird es vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise aber immer schwieriger, Geld zu verdienen. Kommen zu diesem Szenarium noch die Auswirkungen der Klimakrise hinzu, ist der Weg in eine akute Hungerkrise nicht weit, wie das jüngste Beispiel Guatemala zeigt. Dort verhängte die Regierung den Hungernotstand, da 50.000 Familien nach einer Dürreperiode nicht mehr satt werden und weitere 300.000 hungergefährdet sind.²² Dabei ist Guatemala ein Land, in dem genug Nahrungsmittel vorhanden sind und das eines der führenden Gemüseexportländer in Lateinamerika mit Absatzmärkten in den USA und Europa ist.

Während die Preise steigen, stehen den Regierungen aufgrund der Wirtschaftskrise weniger finanzielle Mittel zur Verfügung, um Hunger zu bekämpfen. Doch für milliarden schwere Investitions- und Bankenrettungsprogramme in Industrieländern ist genug Geld vorhanden. Dieser Umstand zeigt, in wessen Interesse die politischen Prioritäten gesetzt werden. Im Vergleich würden weit geringere Mittel

ausreichen, um gegen Unterernährung und Kindersterblichkeit einen entscheidenden Schritt vorwärts zu kommen. Die UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft schätzt, dass nur 30 Milliarden Euro pro Jahr in die Förderung der Landwirtschaft, der ländlichen Entwicklung und von Ernährungssicherheit investiert werden müssten, um den Hunger in der Welt zu beseitigen.²³ Die UN-Expertenkommission zur Reform des internationalen Finanzsystems unter Führung des Nobelpreisträgers Joseph Stiglitz forderte denn auch, wenigstens ein Prozent der weltweiten Konjunkturpakete für Entwicklungszusammenarbeit zu mobilisieren.²⁴ Dies hätte die zur Verfügung stehenden Mittel substanzial aufgestockt. Die G-20 folgten diesem Beschluss allerdings nicht.

Chancen für einen Paradigmenwechsel

Gertrude Zulu-Shinkango, die in Sambia mit von Aids betroffenen Familien arbeitet, erlebt schon heute, dass der Staat finanziell vollkommen überfordert ist, zumal die Einnahmen aus den Kupferbergwerken in der Krise drastisch zurückgegangen sind. Bei schrumpfenden Märkten sind Einkommensalternativen rar. Und so bleibt ihrem Projekt nichts anderes übrig, als etwa Aids-Waisen zu zeigen, wie sie mit traditioneller Nahrungsmittelproduktion selbst ihr Überleben sichern können.

Abgelegenen Bauernfamilien in der Andenregion, die schon vor der Krise der Nahrungsmittelmärkte auf Selbstversorgung durch eine Vielzahl traditioneller Anbauprodukte gesetzt hatten, hat diese Strategie dabei geholfen, von dem Wirtschaftscrash verschont zu bleiben. Statt sich mit dem Anbau von gentechnisch veränderten oder auf Hochleistung gezüchteten Sorten vom Export oder dem nationalen Markt und den schwankenden Preisen für Agrarchemie und Saatgut abhängig zu machen, haben sie die Vielfalt traditionellen Saatgutes zurückgewonnen. Das ist den unterschiedlichen Mikroklimata angepasst und erlaubt es den Bauern, auf die zunehmenden Klimaschwankungen zu reagieren. Statt auf kurzfristig höhere Renditen zu setzen, sichern die Familien sich langfristig eine gesunde Ernährung. In der peruanischen Gemeinde Quispillacta im Bergland von Ayacucho konnten so die Nahrungsmittelproduktion gesteigert und die Abwanderungsraten von Jugendlichen in die Stadt

16 SAGE (Hg.), Sonderthema "Crisis for Children", Zeitschrift, *Global Social Policy*, 9. September 2009.

17 Ebenda.

18 Ebenda.

19 Global Social Policy Forum: *Children and the Economic Crisis*, in: ebenda.

20 Weltbank, "A Note on Rising Food Prices". Policy Research Working Paper 4682. Washington. 2008.

21 Vgl.: Entwicklung braucht Energie. Welthungerhilfe 2009.

22 Siehe <www.bbc.co.uk/mundo/america_latina/2009/09/090909_1128_guatemala_calamidad_np.shtml>.

23 Siehe <www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,557545,00.html>.

24 *Report of the Commission of Experts of the President of the United Nations General Assembly on Reforms of the International Monetary and Financial System*, 21. September 2009. Siehe unter <www.un.org/ga/president/63/commission/financial_commission.shtml>.

verringert werden. Das Platzen der US-amerikanischen Immobilienspekulationsblase und die daraus resultierenden Verwerfungen an den internationalen Finanzmärkten brauchte sie nicht zu beunruhigen. Im Gegenteil, kurzfristig schienen fallende Preise für Rohstoffe sogar ein Bergwerksvorhaben des Newmont-Konzerns in der Region stoppen zu können, das die kleinbäuerliche Landwirtschaft durch Verschmutzung des Wassers und Zerstörung von Acker- und Weideflächen bedroht. Doch mit dem erneuten Anstieg der Preise auf den internationalen Rohstoffmärkten scheint die Schonfrist kurz geblieben zu sein. Einen Schutzschirm für ihre naturnahe und naturbewahrene Lebensform können die Quechua-Bauern in Ayacucho zumindest von der derzeitigen peruanischen Regierung nicht erwarten.

„Die Krise wurde nicht vom kleinen Pedro geschaffen, der in Peru Schuhe putzt, und auch nicht von der kleinen Juanita, die im Haus ihrer Tante in Kolumbien schuftet,“ erklärten Vertreter der lateinamerikanischen Bewegung arbeitender Kinder, „sondern von den Herren, die ihre Macht

dafür eingesetzt haben, die armen Länder auszubeuten, nur dass ihnen ihre neoliberalen Rezepte in manchen Fällen nichts geholfen haben. Wie schwer es doch ist, in einem neoliberalen Land zu leben und zu arbeiten, in dem der Staat allein dem Kapital gehorcht, wenn er überhaupt noch existiert!“

Es kann also nicht nur darum gehen, Folgen der Krise für Kinder und Jugendliche abzufedern und – so wichtig dies ist – über ihnen ähnlich wie über den Banken einen Schutzschirm aufzuspannen. Genauso kann es nicht nur darum gehen, einen künftigen Zusammenbruch des derzeitigen Wirtschaftsystems durch zusätzliche Sicherungsmechanismen zu verhindern. Die Krise hat vielerorts die Augen für wirtschaftliche Alternativen geöffnet. Solche Alternativen sollten dort, wo sie bereits gelebt werden, durch verbesserte gesetzliche Rahmenbedingungen und eine Veränderung wirtschaftspolitischer Leitlinien gestärkt werden.

Dort, wo die Verwirklichung solcher Alternativen noch aussteht, sollten sie von sozialen Bewegungen

und der internationalen Staatengemeinschaft in Angriff genommen werden. Es ist unabdingbar, dass den Rechten der Kinder und ihrer Familien zwanzig Jahre nach der Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention wenn schon nicht Priorität (wie die Konvention es fordert) so doch zumindest ebenso große Bedeutung beigemessen wird wie den Verwertungsinteressen der Unternehmen. Denn nur dann könnte die Krise auch für Menschen wie Maricruz zu einer Chance auf ein besseres Leben werden und nur dann könnten ihre Kinder vielleicht sogar irgendwann „Krisengewinner“ werden.

Frank Garbers und **Peter Strack** sind Mitarbeiter von terre des hommes Deutschland. Die Autoren bedanken sich für wertvolle Informationen bei Alberto Cacayan, Verónica Cachi Ramos und Klaus Schilder.